dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 07 **19. Februar 2014**

aktuell

Inhalt

Meinungsaustausch mit dem Vorsitzenden des Bundestagsinnenausschusses+++
Deutsch-Belgische Konferenz: Allianz gegen Demagogie und Populismus in Europa+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBB: Öffentlicher Dienst ist Wirtschaft weit voraus – und geht noch weiter+++
dbb Hessen: Konkurrenzfähigkeit der Kommunen stärken+++
dbb sachsen-anhalt für Ausbau der Beteiligungsrechte von Personalräten+++
DSTG zu Selbstanzeigen: Das Unrechtsbewusstsein wächst+++
Wendt zu Edathy-Affäre: Ermittler werden auch SPD-Spitze ins Visier nehmen+++
3. Deutscher Schulleiterkongress: VBE zieht positive Bilanz+++
DPhV will Alternativen zum achtstufigen Gymnasium+++

Namen und Nachrichten+++

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

Meinungsaustausch mit dem Vorsitzenden des Bundestagsinnenausschusses

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt und der stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, Fachvorstand Beamtenpolitik, Hans-Ulrich Benra, sind am 12. Februar 2014 mit dem Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages Wolfgang Bosbach zu einem Meinungsaustausch zusammengetroffen.

Gegenstand des Gesprächs waren die angemessene Beteiligung der Besoldungs- und Versorgungsempfänger des Bundes an der Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen in diesem Jahr, die Begleitung aktueller Gesetzgebungsvorhaben mit Bezügen zum öffentlichen Dienst durch den Bundestagsinnenausschuss sowie die Auswirkungen der Bundeswehrstrukturreform.

„Wir erwarten die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses in die Besoldung und Versorgung", erklärte der dbb Bundesvorsitzende Dauderstädt. Der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Benra ergänzte die Darstellung der bisherigen Praxis der gleichmäßigen Zuführung in die Versorgungsrücklage aus der Besoldungs- und Versorgungsanpassung zudem mit der Forderung, diesen Abzug in einer Besoldungsrunde auch bei mehreren Erhöhungsschritten künftig nur noch einmal vorzunehmen. Beide Seiten bekräftigten darüber hinaus die Notwendigkeit, auch bei künftigen gesetzlichen Vorhaben mit Auswirkungen auf die Besoldungs- und Versorgungsempfänger diese fair zu behandeln.
(01/07/14)

Deutsch-Belgische Konferenz: Allianz gegen Demagogie und Populismus in Europa

(dbb) Eine „zivilgesellschaftliche Allianz gegen Demagogie und Populismus in Europa" hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt auf der Deutsch-Belgischen Konferenz am 17. Februar 2014 in Berlin gefordert. Mit Blick auf die „vielfachen populistischen Versuchungen, die mit dem vorvergangenen Wochenende in der Schweiz weitere Nahrung erhalten haben", sagte Dauderstädt, dass diese eine echte Gefahr für all das darstellten, was von überzeugten Europäern weiter aufgebaut werden muss. „Bei alledem kommt es nicht nur auf unsere Staatsfrauen und Staatsmänner an, sondern ganz besonders auch auf uns als Zivilgesellschaft."

„Entscheidend ist unser klares Bekenntnis zum Pluralismus, zu einer freiheitlichen, rechtsstaatlich verfassten demokratischen Grundordnung und auf einem Kontinent, der im letzten Jahrhundert zwei Weltkriege ausgelöst hatte, zu europäischer Zusammenarbeit", betonte der dbb Chef vor der Konferenz, die unter dem Motto „Vielfältige und föderale Nachbarn. Wie wünschen sich Belgier und Deutsche Europa?" im Auswärtigen Amt stattfand. „Die Bürgerinnen und Bürger der Grenzregionen erleben Europas Vielfalt als Chance, entwickeln eine europäische Identität, die komplementär an die Seite ihrer nationalen und lokalen Identitäten tritt, so Dauderstädt. „Dass wir Europas kulturelle Vielfalt heute angstfrei und in Freiheit, im friedlichen Austausch miteinander erfahren können, das ist und bleibt etwas Besonderes." Einheit in Vielfalt sei sicherlich für Belgien und Deutschland ein föderales Erfolgsmotiv, „das ist auch für Europa der richtige Weg, um unsere Freiheit, unsere Demokratie und unseren Wohlstand im 21. Jahrhundert zu bewahren", unterstrich der dbb Bundesvorsitzende. Europa brauche klarere Zuständigkeiten und mehr demokratische Legitimation auf allen Ebenen. Dauderstädt betonte die wichtige Rolle der Staatsbediensteten in diesem Zusammenhang: „Die Beamtenschaft in Europa und seinen Mitgliedsstaaten begleitet die Parlamente und Regierungen, denkt vor, formuliert und führt aus. Im besten Sinne sind sie unbestechlich, bürgernah und kompetent. Sie benötigen für diese Arbeit zum Wohle der Gesellschaft Unabhängigkeit und Sicherheit, ihr Status darf sich deshalb von dem anderer Arbeitnehmer unterscheiden."
(02/07/14)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBB: Öffentlicher Dienst ist Wirtschaft weit voraus – und geht noch weiter

(dbb) „Die bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf in jeder Lebensphase – das ist das Ziel, das wir uns für den öffentlichen Dienst gesteckt haben." Das sagte Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), nachdem das Kabinett am 18. Februar 2014 den „Familienpakt Bayern" vorgestellt hatte, mit dem wichtige Impulse für die Wirtschaft gesetzt werden.

„Der öffentliche Dienst nimmt in diesem Bereich schon jetzt eine Vorbildfunktion ein", so Habermann. Gemeinsam haben BBB und Bayerisches Staatministerium der Finanzen ein Papier zur weitergehenden Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen erarbeitet, um diese Vorreiterrolle zusätzlich auszubauen.

Der öffentliche Dienst bietet bereits zahlreiche Möglichkeiten, den Umfang des Erwerbslebens den eigenen Bedürfnissen anzupassen. Mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppe von BBB und Finanzministerium sollen diese ausgebaut und erweitert werden. Es geht zum Beispiel um einen erleichterten Wiedereinstieg nach längerer familienbedingter Abwesenheit, zusätzliche Urlaubstage oder familienpolitische Beurlaubung auch für Großeltern, aber auch um Erleichterungen bei der Organisation von Pflegefällen in der Familie.

„Mit den Vorschlängen begegnet der öffentliche Dienst aktiv den strukturellen Veränderungen in der Gesellschaft", sagte Habermann. „Da kann sich die Privatwirtschaft einiges abschauen." Hier habe die Staatsregierung deutlich gemacht, dass man sich nicht auf bestehenden Errungenschaften ausruhen, sondern auch in Zukunft seiner Vorbildfunktion gerecht werden will.
(03/07/14)

dbb Hessen: Konkurrenzfähigkeit der Kommunen stärken

(dbb) Damit der öffentliche Dienst im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen kann, sind unter anderem attraktive Einkommen notwendig. Das hat die hessische dbb Landesvorsitzende Ute Wiegand-Fleischhacker am 13. Februar 2014 unterstrichen. „Deshalb müssen die Arbeitgeber von Bund und Kommunen ein attraktives Einkommensangebot machen", sagte Wiegand-Fleischhacker mit Blick auf die Tarifverhandlungen, die am 13. März in Potsdam beginnen. „Ein Einkommensplus von 3,5 Prozent und als soziale Komponente eine Grunderhöhung von 100 Euro, wie wir das jetzt fordern, sind dringend notwendig."

Wiegand-Fleischhacker sieht den öffentlichen Dienst in Hessen insgesamt, besonders aber die Kommunen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in einem engen Konkurrenzkampf mit der Privatwirtschaft. Daher dürfe sich die Einkommensschere zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Sektor nicht weiter öffnen. „Die Kommunen werden keine geeigneten Fachkräfte und Auszubildenden gewinnen können, wenn sie nicht zukunftsfähige Arbeitsbedingungen schaffen. Dazu gehören neben einem attraktiven Einkommen auch Verbesserungen bei den bestehenden Urlaubsregelungen."
(04/07/14)

dbb sachsen-anhalt für Ausbau der Beteiligungsrechte von Personalräten

(dbb) Mit Fachpolitikern des Arbeitskreises Finanzen der CDU-Fraktion im Landtag hat der dbb sachsen-anhalt seine Gespräche zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes Sachsen-Anhalt am 12. Februar 2014 fortgesetzt. dbb Landeschef Maik Wagner machte noch einmal deutlich, dass die Gesetzesnovelle mehr sein müsse, als die Umsetzung der aktuellen Rechtsprechung, die Anpassung an neue Verwaltungsstrukturen und redaktio-

nelle Änderungen. „Nach zehn Jahren ist es an der Zeit, das Landespersonalvertretungsgesetz inhaltlich weiterzuentwickeln und an die moderne Verwaltung anzupassen. Die regulären Personalratswahlen im nächsten Jahr sind ein guter Anlass dafür", sagte Wagner.

Der dbb Landesvorsitzende und seine Stellvertreter Wolfgang Ladebeck und Ulrich Stock warben für eine Stärkung der Mitbestimmung des Personalrates durch eine Erweiterung des Mitbestimmungskatalogs. Mit der Einführung des neuen Tarif- und Landesbesoldungsrechts sei zum Beispiel die Beteiligung des Personalrates bei Fragen der Lohngestaltung in der Dienststelle wieder einzuführen. Mit dem Inkrafttreten des Landesbesoldungsgesetzes zum 1. April 20111 wurde mit der Umstellung der Dienstaltersstufen auf Erfahrungsstufen die Leistungsstufe eingeführt, aber auch die Möglichkeit des Verbleibens in einer Erfahrungsstufe. „Die Bewilligung einer Leistungsstufe oder das Verbleiben in einer Erfahrungsstufe muss in Zukunft mitbestimmungspflichtig sein, genauso wie die Aufstellung von Beförderungsrichtlinien", so Wagner. In Angelegenheiten der Beamten müsse zukünftig auch das Hinausschieben oder das Versagen der Hinausschiebung des Eintritts in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze mitbestimmungspflichtig sein. Anders als im Bund und in meisten anderen Ländern kenne das Landespersonalvertretungsgesetz Sachsen-Anhalt keine Beteiligung bei der Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens gegen einen Beamten. „Wir wollen, dass der Personalrat künftig bei Disziplinarverfahren beteiligt wird", so Wagner.
(05/07/14)

DSTG zu Selbstanzeigen: Das Unrechtsbewusstsein wächst

(dbb) Es ist die Angst, die zur Selbstanzeige treibt, sagt Thomas Eigenthaler, Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize. Geläutert seien die Steuerhinterzieher selten.

„Für schwere Steuerhinterziehung, die laut Gesetz bei 50.000 Euro beginnt, darf es in Zukunft keine Selbstanzeige mehr geben", forderte Eigenthaler im Gespräch mit der „Südwest Presse" (Ausgabe vom 18. Februar 2014). Man müsse der Tatsache Rechnung tragen, dass das deutsche Steuerrecht sehr kompliziert ist, beim Ausfüllen der Steuererklärung Fehler passieren können, man manches vielleicht vergisst. „Ob Absicht vorliegt, ist oft unklar. Im Kleinen muss es über die Selbstanzeige den Weg zurück zur Ehrlichkeit geben. Wir hätten sonst bald ein Volk von Vorbestraften." Wer aber höhere Summen hinterzieht, sollte sich nicht mehr mit Nachlässigkeit herausreden können, forderte der DSTG-Vorsitzende.

Sowohl Alice Schwarzer als auch Uli Hoeneß haben nach Eigenthalers Auffassung „in planvoller Absicht gehandelt". Wie viele Steuerhinterzieher habe Hoeneß damit kalkuliert, „dass er bei Bedarf durch eine Selbstanzeige straffrei und ohne große finanzielle Mehrbelastung aus der Sache herauskommt. Umso bedauerlicher ist, dass Freunde und Anhänger immer wieder versuchen, sein Vorgehen zu verharmlosen."

Die Debatte über immer mehr Prominente, die als Steuerhinterzieher bekannt werden, schärfe das Unrechtsbewusstsein der Bevölkerung. „Mit jedem neuen Fall wächst die Erkenntnis, dass es sich hier um etwas Schwerwiegendes handelt, um Kriminalität, um einen massiven und gezielten Betrug an der Allgemeinheit", so Eigenthaler.
(06/07/14)

Wendt zu Edathy-Affäre: Ermittler werden auch SPD-Spitze ins Visier nehmen

(dbb) Nach Einschätzung des Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Rainer Wendt, dürfte in der Affäre um den SPD-Politiker Sebastian Edathy auch das Verhalten der SPD-Spitze Gegenstand von Ermittlungen werden. „Oberstes Ziel muss es jetzt sein, neben dem Ermittlungsverfahren gegen Herrn Edathy auch denjenigen oder diejeni-

gen zu ermitteln, die dem ehemaligen Abgeordneten möglicherweise frühzeitig Informationen gegeben haben. Dabei werden die Ermittler sicher auch die Spitze der SPD ins Visier nehmen", sagte Wendt am 15. Februar 2014 „Handelsblatt Online". Dort müsse „klipp und klar offengelegt werden", wie mit den weitergegebenen Informationen des früheren Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich (CSU) umgegangen worden war.

„Wenn herauskäme, dass Herr Edathy von höchster Stelle gewarnt wurde und Beweismittel beiseite geschafft hat", sagte Wendt weiter, dann würde aus der Krise der großen Koalition eine Staatskrise. „Denn dann wären etliche weitere Rücktritte unumgänglich", zeigte sich der DPolG-Vorsitzende überzeugt. „Für das Vertrauen in Politik und Staatsorgane wäre dies der Super-Gau."

Dessen ungeachtet müsse nun auch die „Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit" politischer Beamter an der Spitze von Ermittlungsbehörden überprüft werden, forderte Wendt. „Die Nähe zu den politischen Mandatsträgern ist eine fatale Fehlkonstruktion, die das Bundesverfassungsgericht zu Recht schon vor längerem gerügt hat", sagte er. „Wenn politische Beamte ausschließlich im unmittelbaren Umfeld des Ministers wären, nicht aber an der Spitze nachgeordneter Behörden, würden Unabhängigkeit und Neutralität dieser Behörden gestärkt", so Wendt.
(07/07/14)

3. Deutscher Schulleiterkongress: VBE zieht positive Bilanz

(dbb) Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) hat eine positive Bilanz des 3. Deutschen Schulleiterkongresses (DSLK) gezogen. „Einmal mehr hat sich gezeigt, dass der Fortbildungswille der Schulleiter ungebrochen ist", sagte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE. Mit rund 2.000 Teilnehmern aus dem deutschsprachigen Raum und dem europäischen Ausland habe sich der DSLK erneut als Top-Bildungsveranstaltung in diesem Sektor präsentiert. Veranstalter sind der VBE und der Informationsdienstleister Wolters Kluwer Deutschland (WKD).

Neben den reinen schulischen Themen gab es Vorträge und Workshops, die die Verwaltung, Personalführung und Soft-Skills im Fokus hatten. Unter anderem referierte Joey Kelly über den Stellenwert von Disziplin, Sprechtrainer Reinhard Pede gab Tipps für den besseren Umgang mit der eigenen Stimme. Der OECD-Bildungsexperte Andreas Schleicher verglich die Arbeit deutscher Schulleitungen mit denen ihrer europäischen Kollegen, um Verbesserungspotenziale aufzuzeigen.

„Neue Impulse sind wichtig, um die eigene Schule weiter nach vorn zu bringen und nicht in veralteten Mustern zu verharren", machte Beckmann klar. Sylvia Löhrmann, Präsidentin der Kultusministerkonferenz und NRW-Schulministerin, unterstrich auf der Abschlussveranstaltung, dass die Anforderungen an Schulleiterinnen und Schulleiter vielfältiger und anspruchsvoller geworden seien. Deshalb komme es darauf an, Schulleitungen mit passgenauen Fortbildungen und Qualifizierungen zu unterstützen.

Udo Beckmann hatte auf dem Kongress auch die Ergebnisse der jüngsten repräsentativen forsa-Umfrage im Auftrag des VBE präsentiert. Danach meint nur ein Viertel der Bundesbürger, Schulleiter haben ein hohes Ansehen. Weniger als ein Drittel halten Schulleiter ausreichend für ihre Aufgaben vorbereitet. Nur vier Prozent meinen, der Ruf einer Schule hängt eher vom Schulleiter ab. „Die öffentlichen Arbeitgeber verweigern der schulischen Führungsarbeit nach wie vor die nötige Wertschätzung", kritisierte Beckmann.
(08/07/14)

DPhV will Alternativen zum achtstufigen Gymnasium

(dbb) Das bayerische Modell des achtjährigen Gymnasiums (G 8) erntet scharfe Kritik von Experten: Der Deutsche Philologenverband (DPhV) will Schülern weniger Leistungsdruck zumuten.

DPhV-Bundesvorsitzender Heinz-Peter Meidinger forderte Alternativen zum achtstufigen Gymnasium. „Das Thema G 8 kommt nicht zur Ruhe, trotz mehrfacher Nachbesserungen", sagte er der „Süddeutschen Zeitung" (Ausgabe vom 15. Februar 2014). Auch weitere Kürzungen im Lehrplan oder spezielle Förderstunden lösten nicht das Grundproblem. „Es gibt Schüler, die zu wenig Zeit haben."

Mehrere Bundesländer verabschieden sich derzeit von einem reinen G 8 und bieten alternativ den Abschluss nach neun Jahren an, wie etwa Baden-Württemberg und Hessen. Niedersachsen hat kürzlich ebenfalls eine Reform angekündigt. Meidinger lobte das hessische Modell als mögliches Vorbild. Dort können die Gymnasien selbst entscheiden, ob sie G 8, G 9 oder beides anbieten. Etwa 70 Prozent der Gymnasien haben sich für ein G-9-Angebot entschieden.
(09/07/14)

Namen und Nachrichten

(dbb) Mit der Forderung nach einem deutlichen Einkommensplus für Auszubildende, Anwärter und junge Beschäftigte in Gestalt einer Grunderhöhung bzw. einer linearen Anpassung, nach unbefristeten Übernahmezusagen und 30 Tagen Urlaub für alle zieht die dbb jugend in die Einkommensrunde mit Bund und Kommunen, die am 13. März 2014 in Potsdam startet. dbb jugend-Vorsitzende **Sandra Kothe**: „Wir freuen uns, dass die dbb-Gremien unsere Forderungen so nachhaltig unterstützen. Jetzt konzentrieren wir uns auf die Erreichung unserer gemeinsamen Ziele und sind schon ganz heiß darauf, unsere Forderungen auf die Straße zu tragen." **Marco Karbach**, stellvertretender Vorsitzender der dbb jugend und Verantwortlicher für Tarifpolitik: „Deutschlands öffentlicher Dienst muss attraktiver für den Berufsnachwuchs werden, denn der wird in naher Zukunft massenhaft gebraucht. Unsere Forderungen setzen dementsprechende Maßstäbe." Zum weiteren Forderungskatalog der dbb jugend gehören eine Zulage für Nachwuchskräfte in Hochpreisregionen sowie die Erstattung von Reisekosten ohne Eigenbehalt für junge Beschäftigte.

Der stellvertretende Landesvorsitzende des dbb sachsen-anhalt **Wolfgang Ladebeck** hat die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte nicht nur bei Großeinsätzen, sondern auch im täglichen Streifen- und Sofortdienst verurteilt. „Die Gewalt gegenüber Polizisten hat mittlerweile eine neue Dimension angenommen. Die Intensität der Übergriffe reicht von starken Schlägen und Tritten bis hin zum Einsatz von Messern, gefährlichen Gegenständen und Schusswaffen. Die Brutalität, mit der Polizisten heutzutage bei ihrer täglichen Arbeit konfrontiert werden, hat sich dramatisch verschärft", sagte Ladebeck am 13. Februar 2014 in mehreren Interviews. Tage zuvor hatte ein Fahrradfahrer einen 46-jähriger Polizisten bei einer Routinekontrolle erst mit der Faust ins Gesicht geschlagen und ihm dann mit einem Panzerkettenschloss das Schienbein gebrochen. Ladebeck, der auch Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) ist, sieht Politik und Justiz in der Pflicht. „Wer durch derartige Gewalttaten die Gesundheit und das Leben von Polizeibeamten gefährdet oder dies billigend in Kauf nimmt muss damit rechnen, dass er dafür mehrere Jahre hinter Gittern verbringt. Die Justiz muss härter bestrafen".
(10/07/14)